A3

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSP (dort beschlossen am: 10.02.2026)

Titel: **Gendergerechte Sprache ist Pflicht – Unsichtbarkeit ist Gewalt**

Antragstext

Das Landesschüler*innenparlament fordert die verbindliche Einführung gendergerechter Sprache in sämtlichen schulischen Kontexten, einschließlich aller offiziellen Dokumente, Ordnungen, Formulare, Zeugnisse und Veröffentlichungen.

Selbiges gilt für die gesetzlichen Vorgaben. Das Schulgesetz aber auch die Verordnungen des Ministeriums werden in gendergerechte Sprache umgeschrieben.

Diese Forderung basiert auf gesicherten sprachwissenschaftlichen Erkenntnissen, wonach Sprache Wahrnehmung, Rollenbilder und soziale Realität prägt. Zahlreiche Studien belegen, dass das generische Maskulinum andere Geschlechter systematisch unsichtbar macht und stereotype Vorstellungen verstärkt.

Schulen haben den Auftrag, Gleichberechtigung nicht nur zu lehren, sondern zu leben. Wer sich weigert. Schüler*innen sprachlich sichtbar zu machen, entscheidet sich aktiv gegen Inklusion. Die Ablehnung gendergerechter Sprache ist kein sachlicher Einwand, sondern ein politisches Statement zugunsten bestehender Machtverhältnisse.

Gleichberechtigung ist keine Meinungsfrage. Sie ist Bildungsauftrag.